

Axel Gehring

Auf den Schultern des EU-Projektes gegen den „Status Quo“ Autoritärer Populismus in der Türkei und seine Krise

Wie verschieden Erdoğan in den letzten Jahren wahrgenommen wurde, ist eng mit dem Populismus in der Türkei verbunden – namentlich ab dem Zeitpunkt, als westliche Öffentlichkeiten begannen, von den autoritär-populistischen Tendenzen in der Türkei zu berichten. Als diskursiv-medialer Wendepunkt kann die brutale Niederschlagung der Juni-Revolution von 2013 ausgemacht werden. Bemerkenswert daran ist, dass die Adalet ve Kalkınma Parti/Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP), die zur jener Zeit seit über zehn Jahren regierte, international als eine Kraft wahrgenommen wurde, die sich entschieden der Demokratisierung des Landes verschrieben hatte. Breite, bislang nicht repräsentierte Bevölkerungsgruppen schienen nun erstmals in der Geschichte gegen „den“ kemalistischen Staat politisch und kulturell repräsentiert zu werden. Als „Populismus der Herrschenden“ (Laclau 1979: 174) stellte diese Erzählung ihre zentrale national-populare Anrufung der Massen als etwas dar, das der herrschenden Ideologie widersprach, weil das Grundelement kritisch gegenüber dem kemalistischen Staat und herrschaftsaffirmativ zugleich war und das Fenster für eine islamistische Gesellschaftspolitik öffnete. Die benannte Erzählung hegte somit das antagonistische Potenzial der popularen Massen ein und schuf zunächst Zustimmung zur Neoliberalisierung, indem sie diese als Technik der Überwindung der autoritär-staatlichen Bevormundung propagierte. Während die AKP so ökonomisch wichtige Herrschaftsverhältnisse reproduzierte, verschränkte sie ihr eigenes Herrschaftsprojekt erfolgreich mit dem EU-Projekt, das als externer Anker des Neoliberalisierungsprozesses fungierte.

Doch offenkundig befindet sich die populistische Bewegung in der Türkei an einem anderen Punkt als jene in Europa: Was seit 2013 gerade im Ausland als eine autoritäre bis islamistische Gesellschaftstransformation debattiert wird, ist vielmehr eine seit Jahren anhaltende Krise des autoritären Populismus der AKP. Der autoritäre Populismus bildet seit Jahrzehnten die Agenda verschiedener Regierungen in der Türkei. Seine Radikalisierung, Krise und Transformation gehen darauf zurück, dass er zu lange hegemonial war, um noch erfolgreich als etwas

Oppositionelles zu gelten. Wer sich mit der gegenwärtigen Krise des türkischen Populismus beschäftigt, wird schnell merken, dass jener zentral für die Neoliberalisierung seit 1980 war. Genau daran mangelt es dem westlichen, stark auf Erdoğan fixierten Diskurs, der implizit den Mythos einer bis 2013 demokratisch-progressiven AKP aufrechterhält. Zudem basiert er – wie die herrschaftsaffirmative Kemalismuskritik – auf einem sehr oberflächlichen Staatsbegriff, der nicht in den Blick nimmt, welche gesellschaftlichen Verhältnisse sich im Staat verdichten.

Die Verankerung des autoritären Populismus in der Türkei

Ende 1970er Jahre befand sich die Türkei in einer tiefen Hegemoniekrise: Das Modell binnenorientierter Industrialisierung, auch Importsubstitution (ISI) genannt, stieß an seine Grenzen. Auch die führenden türkischen Unternehmen und die mit ihr verbundene konservativ-liberale Gerechtigkeitspartei (AP) hatten ihr Interesse an einer Fortsetzung dieses Entwicklungspfades verloren. Zu Beginn des Jahres 1980 hatten die großen Unternehmenskonglomerate als führende Fraktion im Machtblock gemeinsam mit den internationalen Finanzinstitutionen die türkische Regierung von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik überzeugt. Allerdings wurde diese durch fortdauernden populären Widerstand blockiert (vgl. Gehring 2013: 93). Hinzu kam ein allgemeiner gesellschaftlicher Unfriede, der sich in Gestalt einer militanten Konfrontation zwischen der politischen Rechten und der radikalen Linken manifestierte. Konflikte, die seit der Gründung der Republik 1923 präsent waren, etwa um nicht-türkische und nicht-sunnitische Identitäten, wurden wieder verstärkt militant ausgetragen. Eine linksreformerische Agenda auf Grundlage einer ISI-Entwicklungsstrategie, repräsentiert durch die Republikanische Volkspartei (CHP), scheiterte schon früh an der strukturellen Hegemonie der konservativ-wirtschaftsliberalen Kräfte. Diese drängten seit Anfang 1980 in Gestalt der AP auf eine Neoliberalisierung, womit sie als soziale und politische Basis des Militärputsches vom 12. September 1980 angesehen werden können.

Der bonapartistische Militärputsch markierte einen Einschnitt in der türkischen Geschichte. Nicht nur wegen seiner Brutalität, sondern auch, weil er erfolgreich jenen repressiven Frieden schuf, der die Neoliberalisierung einleitete und die Krise des ISI-Regimes löste. Nach dem Abtritt der Junta 1983 war die Verfassung weit repressiver als vor 1980. Die Krise der bürgerlichen Hegemonie wurde rasch überwunden: Dank umfangreicher internationaler Kredite sowie gezielter Währungsabwertungen und Lohnsenkungen konnte eine Devisenkrise gelöst und die bestehende Produktion in die Exporte gelenkt werden. In den 1980er Jahren gerieten maschinell gefertigte Güter zu den wichtigsten Exportgütern. Die konservativ-wirtschaftsliberale Mutterlandspartei (ANAP), welche

die AP ideologisch wie personell beerbte, setzte die Wirtschaftspolitik der Junta konsequent fort. Seit Mitte der 1980er Jahre versuchte sie, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft zu reaktivieren, welche seit den Putsch eingefroren waren, obwohl dieser die Bedingungen für eine ökonomische Liberalisierung geschaffen hatte (vgl. Gehring 2016: 209ff.).

Im politischen Klima der 1980er Jahre, in der die Linke nicht nur organisatorisch zerschlagen war, sondern auch ihre diskursive Macht verloren hatte, wurde die Krise der 1970er Jahre nunmehr als das Werk eines etatistisch-kemalistischen Establishments sowie dirigistischer linker Intellektueller gedeutet. Der Putsch selbst wurde derart als Selbstrettungsmaßnahme des Staates interpretiert und nicht als Teil eines konkreten gesellschaftlichen Projektes konservativ-neoliberaler Kräfte.

Diese Deutungen betrachteten den Staat als etwas von der Gesellschaft Separiertes, womit sein Charakter als „materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002) negiert wurde. Unterschlagen wurde zudem der Einfluss, den die konservativ-liberale AP vor 1980 hatte: Zumeist hatte sie Regierungen angeführt und eine entscheidende Rolle dabei gespielt, die Entwicklungsplanung für die großen Konglomerate auszugestalten – mit allen Folgen, die dies für deren Finanzierung und die daraus resultierenden makroökonomischen wie sozialen Ungleichgewichte gehabt hatte. Die Strategie der ISI war nicht einfach am Dirigismus zerbrochen, sondern als korporatistisches Modell gescheitert, denn die beschränkten Konzessionen der führenden Klassen hatten nie gereicht, um es auf eine tragfähige Basis zu stellen. Doch eben *das* spielte im neoliberalen Diskurs der AP-Nachfolgerin ANAP sowie zahlreicher Intellektueller nach 1980 keine Rolle. Es wurde gar die führende Rolle des Bürgertums vor 1980 angezweifelt (vgl. Buğra 1994; Keyder 1987).

Die ANAP präsentierte sich als erste demokratische Kraft, die nach dem Abtritt der Junta die Regierung stellte *und* die Bevölkerung gegen das bürokratisch-militärische Establishment vertrat – obgleich ihr Vorsitzender Turgut Özal der wichtigste Wirtschaftsberater während der Militärdiktatur gewesen war. Im Kampf um Zustimmung versuchte die ANAP ihren Diskurs auch materiell zu unterfüttern. Die seit langem praktizierte Politik der Legalisierung bislang informeller Quartiere im urbanen Raum beschleunigte die Praxis populärer Privatisierung. Zumindest Teile der Subalternen profitierten so vom Prozess der Neoliberalisierung.

Die ANAP konnte zunächst ökonomische Erfolge vorweisen, die Ende der 1980er jedoch stagnierten. Soziale Probleme machten sich bemerkbar und der türkische Neoliberalismus verlor an Zuspruch und nicht nur die sozialdemokratische Linke, sondern auch die islamistische Rechte begann, sich neu zu konstituieren. Während die Gewerkschaften zu Beginn der 1990er Jahre weit von ihrer alten Stärke entfernt waren, blieben sie in der Lage, signifikante Lohnsteigerungen

in staatlichen Betrieben und im öffentlichen Dienst durchzusetzen (Ataç 2013: 65). Von der ANAP spaltete sich die Partei des Rechten Weges (DYP) ab, die eine ähnliche Agenda verfolgte. Mit der gewachsenen Parteienkonkurrenz verringerten sich die Spielräume für Austeritätspolitik, während gleichzeitig die staatlichen Haushaltsdefizite wuchsen. Der Zweifel an der Tragfähigkeit der türkischen Staatsverschuldung wuchs und machte das Land anfällig für Kapitalflucht. In den 1990er Jahren war die Wirtschaft von starken zyklischen Schwankungen geprägt (Ayдын 2005: 105ff.). Die führenden Unternehmenskonglomerate drängten darauf, mit der „populistische[n] Wirtschaftspolitik“¹ zu brechen, indem die ökonomische Regulierung vom parlamentarisch-politischen Prozess entkoppelt werden sollte. Der wichtigste Hebel hierzu waren nicht nur kurzlaufende IWF-Strukturanpassungspolitiken, sondern deren Verankerung über die Intensivierung der Beziehungen zur EU – samt Übernahme zentraler Elemente ihrer Regulierungsweise. Ein gegenüber dem ökonomischen „Populismus“ weniger anfälliger Neoliberalismus wurde zum wichtigsten Projekt der führenden Kapitalfraktionen. Dieses führte die sozioökonomische Agenda der Junta fort, machte aber unter Verweis auf die – ursprünglich zur Aufnahme der Staaten Mittelosteuropas in die EU entwickelten – Kopenhagener Kriterien umfangreiche liberaldemokratische Zugeständnisse. Es entfaltete eine erhebliche hegemoniale Bindekraft, da es auf der politischen Ebene erfolgreich als Gegenprojekt zur Junta auftrat (vgl. Gehring 2016: 281ff.).

Allerdings war das EU-Projekt nicht vollkommen unumstritten, so gab es vor allem im islamistischen Spektrum Widerstände dagegen. Über Dekaden hinweg opponierten die subalternen Kapitalfraktionen daher gegen eine tiefere Integration. Nicht nur auf der korporativ-ökonomischen Ebene, sondern auch politisch war der Machtblock tief gespalten: Auf der einen Seite unterhielten zahlreiche islamischen Orden – wie etwa die Gülen-Bewegung – seit den 1950er Jahren organische Beziehungen zu pro-westlichen und pro-europäischen Parteien und stellten die ökonomische Hegemonie nicht in Frage. Auf der anderen Seite hatte der politische Islam in der Türkei aber seit den späten 1960er Jahren auch einen eigenständigen, konkret parteiförmigen Ausdruck, in den der Milli-Görüş-Bewegung entspringenden Parteien. Deren Gründung stellte im Wesentlichen eine Reaktion auf eine sich verschärfte ökonomische Konkurrenz zwischen den großen westtürkischen Unternehmenskonglomeraten und den kleineren und mittleren Kapitalfraktionen Anatoliens dar. Während die Konglomerate orga-

1 „Populistisch“ meint hier eine Wirtschaftspolitik, deren Formulierung an allgemein wählbare Repräsentationsorgane gebunden ist und die daher auf legitimatorische Erfordernisse Rücksicht nehmen muss – womit zumindest ein mittelbares Einflusspotential subalternen Kräfte besteht.

nisch mit der konservativ-liberalen AP verbunden waren, wurden die kleineren und mittleren Kapitalfraktionen Anatoliens kaum noch repräsentiert (vgl. Ataç 2007). Dieser parteiförmige politische Islam vertrat die Interessen der kleineren und mittleren Kapitalfraktionen seither in Gestalt einer protektionistischen Agenda und reklamierte für sich, auch Subalterne materiell einzubinden. Dieses klassenübergreifende Bündnis wurde durch einen ausgeprägt kulturalistischen und antiwestlichen Diskurs unterfüttert, der Klassengegensätze leugnete und vor allem auf die ausgeprägten regionalen Ungleichheiten sowie deren kulturelle Vermittlung abhob (vgl. Burğa 1998: 531). Der parteiförmige politische Islam vertrat einen autoritären Populismus, der dem der konservativ-liberalen Parteien ähnelte – allerdings radikaler und antiwestlich. Die Krisenhaftigkeit der türkischen Ökonomie sowie der weiterhin neoliberale Kurs bescherten der islamistischen Wohlfahrtspartei (RP) zunehmend Wahlerfolge. Mit nur 20 Prozent der Stimmen schaffte sie es schließlich im Jahr 1996 unter ihrer Führung eine Regierung mit der konservativ-liberalen DYP zu bilden. Diese griff – trotz einiger islamistischer Referenzen in der Innen- und Außenpolitik – das EU-Projekt nicht frontal an. Allerdings organisierte die RP (anders als ihre Vorgängerinnen in den 1970er Jahren) so erfolgreich den urbanen Raum, dass dieser zu ihrer wichtigsten Basis wurde. Zahlreiche Repräsentanten des Machtblocks befürchteten ein weiteres Anwachsen der RP und sorgten sich um die Zukunft des EU-Projektes, das inzwischen in einer Zollunion gemündet war. Hinter einem Memorandum des Generalstabes gegen die RP-geführte Regierung versammelten sich im Februar 1997 und den folgenden Monaten alle relevanten Akteure (vgl. Gehring 2016: 251ff.). Dem Abtritt der Regierung im Juni 1997 folgte eine scharfe Repression der islamistischen Bewegung und ihrer zivilgesellschaftlichen Strukturen.

Der Populismus der AKP – Oppositioneller Diskurs und hegemonialer Führungsanspruch

Sowohl die Unterdrückung der islamistischen RP-Nachfolgeparteien als auch Veränderungen an der Klassenbasis des parteiförmigen politischen Islam beschleunigten seine Katharsis hin zu einer Kraft, die nunmehr das EU-Projekt unterstützte. Auf der einen Seite wurden die Kopenhagener Kriterien als Möglichkeit interpretiert, sich selbst vor weiteren Interventionen des Militärs zu schützen. Auf der anderen Seite wurden sie als Chance gesehen, den nach 1997 rigider ausgelegten Säkularismus abzuschwächen. Aus dieser Perspektive waren die Spielräume in der EU, eine islamische Identität auszuleben und in den gesellschaftlichen Alltag einzuschreiben viel stärker gegeben als in der Türkei (vgl. Tuğal 2009). Zudem hatten zahlreiche kleinere und mittlere Unternehmen die

EU als neuen Absatzraum entdeckt bzw. waren in globale Produktionsnetzwerke eingebunden worden oder profitierten unmittelbar vom urbanen Neoliberalisierungsprozess (vgl. Doğan/Durak 2014).

Der antiwestliche Populismus islamistischer Provenienz hatte es bislang ermöglicht, konkurrierende Großkonglomerate und die politische Form der ökonomischen Regulierung zu kritisieren, ohne die kapitalistischen Verhältnisse als solche in Frage zu stellen. Mit der Abkehr vom Protektionismus bestand für die reformerischen Kräfte des politischen Islam dazu kein Anlass. Der neoliberale Diskurs bot für sie mehr Chancen als Risiken (vgl. Tuğal 2007). Ihnen kam entgegen, dass in den westlichen Öffentlichkeiten die Verhältnisse in der Türkei immer stärker mit jenen Termini beurteilt wurden, die in der Türkei schon seit Jahrzehnten den populistischen Diskurs der konservativ-liberalen Parteien geprägt hatten: Ein kleines säkular-etatistisches Establishment sei das Haupthindernis für die Demokratisierung der Türkei. Dieser Diskurs war wenig empirisch gesättigt, insofern seit 1950 fast ausschließlich konservativ-liberale Parteien mit engen Beziehungen zu islamischen Orden und Netzwerken die Regierungen angeführt hatten. Zudem hatte die Junta (1980–1983) während ihres Kampfes gegen die politische Linke die ideologische Strategie einer Verschmelzung von türkisch-kemalistischen Nationalismus und Islamisierungspolitik verfolgt („Türkisch-Islamische Synthese“). Der populistische Diskurs deckt sich somit mit der in den westlichen Staaten verbreiteten kulturalistischen Wahrnehmung, wonach die Türkei ein im Kern religiöses Land ist, das durch den Säkularisierungsprozess in eine Identitätskrise gestürzt wurde (kritisch dazu: Al-Rebholz 2012: 141ff.). Zugleich fand der benannte Diskurs – sowohl innerhalb als auch außerhalb der Türkei – einen immer stärkeren Eingang in die akademische Wissensproduktion. Ein Konflikt zwischen Zentrum (Staat, säkulare Bürokratie) und Peripherie (religiöse Pluralität, einfaches Volk) galt demnach als der Hauptwiderspruch der türkisch-osmanischen Gesellschaft, während Klassenverhältnissen vermeintlich keine Bedeutung zukam (Mardin 1973; vgl. kritisch Al-Rebholz 2012: 146; Yalman 2002). „Der“ Staat wurde als Teil eines „inneren Okzidents“ betrachtet und zu einer von der Gesellschaft separierten Entität erklärt. Der herrschende Diskurs rief die Massen an, indem er „den“ Staat kritisierte, dabei aber die Herrschaftskritik absorbierte:

Es ist [...] bemerkenswert, dass eine spezifische Lesart der türkischen Geschichte wesentlich dazu beigetragen hat, neue Varianten mythischen Denkens zu reproduzieren, indem sie einem Diskurs zum Aufstieg verhalf, der in den letzten zwei Dekaden [...] eine oppositionelle, aber hegemoniale Qualität erlangt hat. [...] Dieser spezifische Diskurs impliziert einerseits eine Bestätigung des „Stui-Generis-Charakters“ des türkischen Staats, und andererseits die neoliberale Laudatio des Marktes als Sphäre von Freiheit und Auswahl. (Yalman, 2002, 23)

Die hier kritisierte Lesart türkischer Staatlichkeit bildete nicht nur seit 1980 die wichtigste Argumentationsfigur des Populismus der Herrschenden, der sich in sei-

ner national-popularen Anrufung der Bevölkerung anti-etatistisch gab, sondern avancierte zugleich in den kommenden Jahren zum ideologischen Kern der sich formierenden AKP. International gelang es dagegen nicht, die spezifische Form des autoritären Populismus zu dekonstruieren: Stattdessen betrachteten europäische Eliten die Integration der – primär religiös-konservativ wahrgenommenen – Mehrheitsbevölkerung in die regionale neoliberale Ordnung als Voraussetzung für die langfristige Stabilität der Türkei, was eine schlichte Vereinfachung der komplexen Verhältnisse war. Im beschriebenen politischen Umfeld konnte der reformierte politische Islam auf explizit islamistische Referenzen verzichten und seine Agenda leicht in einer Semantik artikulieren, die national wie international ein breiteres politisches Spektrum ansprach. An Stelle der Forderung einer religiös begründeten Ordnung trat ein antijakobinischer Diskurs, der für ähnliche Inhalte neue, scheinbar säkulare Codes prägte, namentlich die „lokalen“, „authentischen“ und „kulturellen“ Werte der eigenen politischen Identität (exemplarisch Akdoğan 2006). Während die AKP herrschende Klasseninteressen vertrat und bereits im Prozess ihrer Gründung im Jahr 2001 wichtige Exponent_innen des konservativ-liberalen Spektrums absorbierte und in ihre ökonomische Agenda integrierte, vertrat sie zugleich einen (scheinbar) oppositionellen Anti-Establishment-Diskurs. Letzterer bildete eine Form des Populismus der Herrschenden, der in seiner Anrufung der Massen deren antagonistische Potenziale absorbierte (Laclau 1979: 174). Autoritär-populistische Elemente (ebd.: 174) *waren also von Beginn an* in das AKP-Projekt eingeschrieben – freilich ohne von den westlichen Öffentlichkeiten wahrgenommen zu werden. In diesem Sinne war sämtliche Politik der AKP und ihrer Vorgängerinnen *immer* eine populistische gewesen, denn sie *präsentierte* sich gegenüber der Ideologie des herrschenden Blocks antagonistisch, d.h. gegenüber „dem“ kemalistischen Staat.

Wie kann die verschobene Wahrnehmung der türkischen Entwicklungen erklärt werden? Handfeste materielle Interessen spielten eine mindestens ebenso bedeutende Rolle für die Akzeptanz der AKP unter den gesellschaftlichen Eliten in der Türkei, wie im Ausland. Indem die neugründete AKP sowohl den Mehrheitsflügel des politischen Islam als auch seine konservativ-liberale Strömung organisierte, verkörperte sie jene Einheit des Machtblocks, die Ende 1960er Jahre verloren gegangen war, als sich wichtige Teile des politischen Islam von der konservativ-liberalen AP abgespalten hatten. Von den ökonomischen Eliten in der Türkei, die sich wesentlich im Unternehmensverband TÜSİAD organisierten, wurde die Wiedervereinigung des zuvor vielfach gespaltenen konservativen Spektrums als großer Fortschritt gewertet: Für sie galt die politische Zerstrittenheit als Haupthindernis für ökonomische Strukturereformen (vgl. Tuğal 2007: 19).

Ihre Hoffnungen sollten nicht enttäuscht werden: Die AKP-Regierung setzte nach ihrem Amtsantritt die Strukturanpassungspolitik sowie die Orientierung

am Post-Washington-Konsensus fort. Sie erhob einen stark „depolitierten“ Neoliberalismus mit nur schwachen ökonomisch-expansiven Elementen zum regulativen Paradigma und formulierte die „Weiterentwicklung“ des Washington Konsensus als Ziel, um den schwach regulierten Neoliberalismus zu bändigen. Jene Zählung diente allerdings nicht den sozialen Interessen der Lohnarbeitenden, als vielmehr den Interessen der führenden Kapitalfraktion durch stärkere Regulierung jenseits parlamentarisch-politischer Einflussnahme (vgl. Ataç 2013: 148f.). Diesem Kurs war sowohl die Zentralbank als auch die Fiskalpolitik der Regierung (Inflationsreduzierung, Fiskaldisziplin und wirtschaftspolitische Berechenbarkeit) verpflichtet. Mit anderen Worten: Die AKP setzte die Wirtschaftspolitik fort, für welche die vorangegangene Koalitionsregierung bei den Wahlen 2002 abgestraft worden war (vgl. Ataç 2013: 174). Doch wie konnte sie unter diesen Umständen wiedergewählt werden?

Dank der Fortsetzung der liberalen Wirtschaftspolitik sowie reichlich vorhandener Liquidität auf den internationalen Finanzmärkten konnte die AKP-Regierung erfolgreich milliardenschwere Direktinvestitionen anziehen sowie vom einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung profitieren (vgl. Babacan 2012: 17). Umfangreiche Privatisierungen schufen Anlagemöglichkeiten und die regen Kapitalzuflüsse trugen zu einem hohen Wirtschaftswachstum und zu einer überbewerteten Lira bei. Letztere ermöglichte eine tragfähige öffentliche und private Schuldenlast, indem sie die Währungsrisiken minimierte und die Importkosten für jene Energierohstoffe, Vorprodukte und Zwischengüter begrenzte, die für die produzierende Industrie einen erheblichen Kostenfaktor darstellte. Der hohe Wechselkurs schwächte jedoch zugleich die globale Wettbewerbsfähigkeit. Vor dem Hintergrund wurde eine politische Liberalisierung von Arbeits- und Tarifrecht forciert. Vor allem unabhängige Gewerkschaften waren früh die Verliererinnen des AKP-Projektes. Gewerkschaftliche Rechte wurden ebenso missachtet wie Arbeitsplatzsicherheit.

Insofern die AKP das im Zuge des Militärputsches von 1980 etablierte Arrangement der industriellen Beziehungen beibehielt und einen rigiden Privatisierungs- und Kommodifizierungsprozess anstieß, stellt sich die Frage, was die Spezifik ihres politischen Populismus ausmacht – gerade weil die (Selbst-) Verpflichtung der (AKP-)Politik auf den Post-Washington-Konsensus mit dem schwach regulierten Neoliberalismus der 1990er Jahre und seiner Krisenhaftigkeit brechen wollte. Die Antwort fällt vergleichsweise simpel aus: Sozialleistungen wurden nicht pauschal abgeschafft oder gekürzt, sondern verbrieft soziale Rechte wurden teilweise durch stärker marktformige klientelistisch-populistische Politiken ersetzt. Eine anti-etatistische Beziehung zwischen Partei und Bevölkerung wurde etabliert, die die wohlfahrtsstaatliche Bürokratien umging. Dies traf durchaus auf die Zustimmung subalternen Segmente der Bevölkerung.

Klientilistische Sozialpolitik an Stelle eines exklusiven Korporatismus

Im Zuge der Politik der ISI-Industrialisierung waren in der Türkei soziale Sicherungssysteme aufgebaut worden, die für ein sich industrialisierendes Land durchaus beachtlich waren. Allerdings war das Gros der Leistungen an formelle Lohnarbeitsverhältnisse gebunden, in welche nur eine kleine Gruppe von Lohnabhängigen in privaten und öffentlichen Großbetrieben, den staatlichen Sicherheitsapparaten und des öffentlichen Dienstes integriert waren. Im Zuge der Neoliberalisierung seit den 1980 Jahren geriet dieses exklusive korporatistische Arrangement unter Druck, wurde aber nicht vollständig abgebaut (vgl. Özden 2014: 159f.).

Die Erfolge des politischen Islams im urbanen Raum sind nun darauf zurückzuführen, dass jene Teile der Gesellschaft, die nicht in formalisierten Lohnarbeitsverhältnissen standen, mit (wenn auch rudimentären) Leistungen im Bereich Soziales, Gesundheit und Bildung versorgt wurden. Die starke Verankerung in den Kommunalverwaltungen sowie die organischen Beziehungen zu Fraktionen des kleineren und mittleren Kapitals hatten die Parteien der Milli-Görüş-Bewegung mit den dazu notwendigen finanziellen und organisatorischen Mitteln ausgestattet. Allerdings wurde der Zugang zu solchen Leistungen an eine moralisch und politisch konforme Lebensweise gebunden. Zudem setzten die mit den islamistischen Parteien assoziierten Unternehmen ihre Spenden dazu ein, im kommunalen Neoliberalisierungsprozess bevorzugt behandelt zu werden. Der Aufstieg der AKP stärkte diese Politik: Die Elemente der exklusiv korporatistischen, aber rechtlich verbrieften Daseinsvorsorge blieben Gegenstand neoliberaler Eingriffe, während klientilistische Sozialpolitiken ausgebaut wurden (vgl. Özden 2014: 165ff.). Für diejenigen im informellen Arbeitssektor bedeutete dies nicht zwangsläufig eine Verschlechterung sozialer Versorgung. Jedoch war die Sozialpolitik der AKP Teil eines Prozesses fortwährender kapitalistischer Rationalisierung und als solche nicht klar von Kommodifizierungsprozessen abzugrenzen. Besonders augenfällig wurde dies in der Stadt- und Wohnungspolitik. Bis in die 1980er Jahre hinein war die Überlassung von staatlichem Land zur Besiedlung durch informelle Quartiere (Gecekondu) eine wichtige Maßnahme, um Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Über diesen Mechanismus wurden, ohne größere staatliche Ausgaben, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft entlastet. Die Praxis, die informellen Quartiere ex post zu legalisieren, bestand schon seit den 1950er Jahren. Im Austausch gegen politische Loyalität (bei Wahlen) wurden sie später an die öffentliche Versorgung angeschlossen (vgl. Karpat 1976). Durch das rasante, schwach regulierte urbane Wachstum entstand jedoch der Wunsch nach einer strukturierten Stadtentwicklung. In diesem Kontext nahm die staatliche Wohnungsbaubehörde TOKİ eine wichtige Rolle ein. Sie hatte ursprünglich die

Aufgabe, Wohnungen für die Bezieher_innen unterer und mittlerer Einkommen zu bauen. Dafür bekam sie von der Regierung öffentliches Land zur Verfügung gestellt und durfte selbstständig Geschäfte tätigen sowie Kredite aufnehmen. Durch die eigene Budgethoheit ist sie bis heute – obwohl öffentliche Investorin – nicht an die Restriktionen des Staatshaushaltes gebunden (vgl. Perchel 2010: 8). Während unter der Ägide der AKP der Post-Washington-Konsensus relativ restriktiv umgesetzt wurde, entwickelte die TOKİ sich äußerst dynamisch und wurde zu einer der wichtigsten Investorinnen im Land. Ihre Aufträge kamen primär unmittelbar der Bauindustrie und damit jenen Kapitalfraktionen zugute, denen die AKP und ihre Vorgängerinnen traditionell nahestanden. Auch die großen Konglomerate profitierten mittelbar von der industriellen Nachfrage, die die Bauwirtschaft induzierte. Der öffentliche Wohnungsbau und der Bausektor insgesamt stellten in den 2000er Jahren wichtige Zugpferde des Wirtschaftswachstums dar, wobei die TOKİ begann, sukzessive in höherpreisige Segmente des Wohnungsbaus zu investieren. Die Grenzen zwischen sozialem Wohnungsbau, ursprünglicher Akkumulation und Gentrifizierung verschwammen dabei zusehends: Nicht alle Bewohner_innen aus den Gecekondu zogen freiwillig in die TOKİ-Komplexe, denn trotz günstiger Kredite bedeuteten die neuen Wohnungen, bedingt durch den Verlust der vormaligen Teilsubsistenz, für die Bewohner_innen eine Erhöhung ihrer eigenen Reproduktionskosten. Die Bedeutung der TOKİ erschöpfte sich jedoch nicht nur darin, ökonomische Stimuli zu setzen und die kapitalistische Rationalisierung des öffentlichen Raumes voranzutreiben: Im Kontext der Rationalisierung wurden und werden durch Zuschnitt und Vergabe des Wohnraums gezielt konservativ-religiöse Lebensentwürfe gefördert, diesen aber zugleich ein stärker kommodifiziertes Reproduktionsmodell auferlegt.

Auf den Schultern des EU-Projektes

Besondere Aufmerksamkeit erregte die AKP-Regierung in ihrer ersten Legislaturperiode von Ende 2002 bis 2007 mit ihrer Politik der EU-Reformen, d.h. der Adaption ausgewählter Elemente des EU-Rechtes aus dem *aquis communautaire*². Häufig wurde diese Politik als wichtiger Faktor für die große Popularität der Partei genannt – national und vor allem international. Dabei wurde weitgehend übersehen, dass der Prozess der Wiederbelebung der EU-Integration bereits in den 1990er Jahren von den ihr vorangehenden Koalitionsregierungen angestoßen worden war. Denn die transnationale Ausrichtung der türkischen Wirtschaft war nur mit liberaldemokratischen Reformen zu erreichen. Die Transnationalisierung

2 Als *aquis communautaire* wird die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts bezeichnet.

stellte sich als eine Form des sogenannten Scale-Jumping dar, d.h. die Wirtschaftspolitik wurde bewusst auf eine Maßstabsebene verlagert, die für die populären Klassen schwerer zugänglich war. Der vielzitierte Rekurs der Kopenhagener Kriterien auf die rechtsstaatlich-liberaldemokratische Staatsform mochte ein emanzipatorisches Potenzial haben, dies wurde jedoch durch die dort zugleich weit umfangreicher kodifizierte Neoliberalisierungsagenda eingeschränkt (vgl. Gehring 2016: 324). Obwohl die Europapolitik der türkischen Regierung im Kern ein Klassenprojekt darstellte, wurde sie international als das große Demokratisierungsprojekt der AKP diskutiert (Hermann 2008). Dabei hatte die Türkei den Status der Beitrittskandidatin bereits auf dem Gipfel von Helsinki (1999) erhalten, und das „Nationale Programm zur Adoption des *aquis communautaire*“ war im Frühjahr 2001 vereinbart worden, womit nun auch wesentliche Inhalte der IWF-Strukturanpassungspolitik auf Dauer kodifiziert wurden (Ministry of EU Affairs 2001).

Vor allem die auf diesem Paket basierenden politischen Liberalisierungen wurden mit der AKP identifiziert, obgleich sie fraktionsübergreifend mit der CHP verabschiedet worden waren. Obwohl die Türkei laut ihrer Post-Junta-Verfassung von 1983 eine parlamentarische Demokratie darstellte, prägten wiederkehrende Verbote von Medien, Parteien, Gewerkschaften und anderen Organisationen den politischen Alltag – auch die Vorgängerinnen der AKP waren diesen vor allem seit 1997 ausgesetzt gewesen. Diese repressive Handhabung einer an sich parlamentarischen Verfassung war vor allem durch die zahlreichen Einschränkungen ermöglicht worden, die die politischen sowie persönlichen Grundrechte unter Vorbehalt stellten. Diese dürfen weder das „Türkentum“, noch die „unteilbare Einheit der Nation“ oder den „Laizismus im Geiste Kemal Atatürks“ gefährden (Solmaz 2015: 177f.). Die zahlreichen Präzisierungen von Paragraphen sowie die Änderungen von Präambeln, die innerhalb der Verfassung auf den Gründungsmythos des Staates rekurrierten, stellen zunächst einen erheblichen Demokratisierungsschritt dar. Auch die Kompetenzen und die Zusammensetzung des bis dahin vom Militär dominierten Nationalen Sicherheitsrates wurden deutlich verändert, die Rolle des Militärs in der Politik beschnitten (vgl. Ministry of Foreign Affairs 2007: 17f.).

In den jährlichen Berichten der EU-Kommission wurden diese Reformen äußerst positiv bewertet und von den EU-Staaten honoriert, etwa durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen im Herbst 2005. Zugleich stellten jedoch ausgerechnet die Reformen eine wichtige Voraussetzung für die Konzentration der politischen Macht in den Händen der regierenden AKP dar. Die staatszentrierten juristischen Bestimmungen und die kemalistischen Kader in den Staatsapparaten mochten erheblich zur Einschränkung persönlicher und politischer Freiheiten beigetragen haben, jedoch stellten sie auch einen Teil des Systems von

Checks and Balances dar. Eine Demokratisierung der Türkei hatte daher auch eine Demokratisierung dieses Systems *von Checks and Balances* erfordert (vgl. Solmaz 2015). Bereits in ihrer zweiten Legislaturperiode (2007 bis 2011) zeichnete sich ab, dass dies jedoch nicht auf der Agenda der AKP stand.

Ab Mitte der 2000er Jahre zeichnete sich die Durchdringung der Staatsapparate durch Kader der AKP deutlich ab. Die Aufstellung Abdullah Güls zum Präsidentschaftskandidaten gab der kemalistischen Opposition unter Führung der CHP im Frühjahr 2007 den Anlass, dagegen im Parlament und öffentlich in groß angelegten Protesten zu opponieren. Anders als in den 1970er Jahren fehlte der CHP jetzt allerdings ein massenmobilisierendes, sozialdemokratisches Projekt, da sie sich seit den 1990er Jahren selbst der neoliberalen Politik verschrieben hatte. Ihr Rekurs auf einen exkludierenden Säkularismus, der die Deklassierungsängste in Form von Ressentiments artikulierte und dabei eine imaginierte kemalistische Vergangenheit beschwor, begrenzte ihre Ausstrahlung innerhalb der türkischen und kurdischen Gesellschaft (vgl. Tuğal 2009 37ff.). Ihr ausgeprägt nationalistischer Diskurs mit deutlichen EU-kritischen Untertönen isolierte die CHP gegenüber den einheimischen ökonomischen Eliten sowie als internationaler Ansprechpartner. Zwar konnte sie die Streitkräfte an ihrer Seite wissen, jedoch fand auch das vom Militär aufgelegte April-Memorandum gegen die Regierung keine Unterstützung unter den Eliten (vgl. Kürkçü 2007). Der Mythos einer militärischen Vormundschaft, die unabhängig von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ist, mochte real dekonstruiert sein, doch hielt er sich vehement im politischen Diskurs.

Auf diese Ereignisse im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen 2007 reagierte die AKP wenige Monate verzögert mit groß angelegten Säuberungskampagnen. Sie gab vor, ein konspiratives Netzwerk namens Ergenekon zerschlagen zu wollen, das einen Militärputsch vorbereite. Bereits in der zweiten Verhaftungswelle und Klageschrift wurde das Spektrum der Verhaftungen weit über kemalistische Kader hinaus ausgedehnt. Selbst militant linke und kurdische Kräfte wurden der Zugehörigkeit zum Ergenekon-Netzwerk verdächtigt, während die Prozesse weit davon entfernt waren, rechtsstaatlichen Standards zu genügen (vgl. Aydın 2014: 138). Diese Verfolgungen konjugierten mit dem Umbau der Staatsapparate, der umfangreich auf autoritär-populistische Topoi rekurrierte: Die Regierung wie weite Teile der mit ihr verbundenen liberalen Intelligenzija sahen darin Schritte der Demokratisierung, die mit der Macht des bürokratisch-laizistischen Establishments brach (Yıldızcan/Yaka 2010). Bezeichnend für die weitere Entwicklung war die starke Unterstützung durch die EU-Kommission, deren Berichterstattung einen regierungsnahen Bias aufwies, d.h. sich zwar um gesellschaftliche Polarisierung sorgte, die Schuld aber zumindest implizit in den Reihen der reformunwilligen Opposition suchte. EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn sprach von der

Opposition gar von einem „Schlüssel zur Demokratisierung der Türkei“ (COM 2007: 8, 11). Zum Ende der Legislaturperiode 2007 zerbrach der Parteienkonsens über die Reformpolitik, nachdem das Programm der Adoption des *Aquis Communautaire* abgearbeitet worden war (vgl. Saatçioğlu 2010). Sorgen der Opposition über eine zunehmende Konzentration der Regierungsmacht in den Händen der AKP spielten derweil in internationalen Diskursen kaum eine Rolle: Hartnäckig hielt sich das Narrativ eines Demokratisierungsprojektes. Widersprechende Fakten (wie zum Beispiel eine fortdauernde Repression im kurdischen Raum) wurden zuweilen als Erbschaft des alten Establishments bezeichnet, ohne nach gegenwärtigen Ursachen zu fragen (exemplarisch Thumann 2011: 293 ff).

Nachdem eine Verständigung mit der Opposition über umfangreiche Verfassungsänderungen gescheitert war, setzte die regierende AKP 2010 schließlich auf ein Verfassungsreferendum. Dazu galt es, in einem ohnehin stark polarisierten Klima umfangreiche gesellschaftliche Unterstützung zu mobilisieren. Die AKP präsentierte sich und das Verfassungsprojekt als Gegenmodell zum Erbe der Militärjunta. In ihrer Kampagne griff sie sogar das überaus heterogene Lager der Gegner_innen kollektiv mit dem Vorwurf an, nicht nur den „Status quo“ der bürokratischen Vormundschaft zu verkörpern, sondern gar einen neuen Militärputsch zu präferieren. Im Kontext der Ergenekon-Verfolgung konnte und sollte dieser Vorwurf als massive Drohung interpretiert werden. Dennoch hatte die AKP große Schwierigkeiten, eine gesellschaftliche Mehrheit für die Verfassungsänderungen zu organisieren; die Zustimmung von 57,88 Prozent ging wesentlich auf den Wahlboykott im kurdischen Raum zurück und war daher zugleich Ausdruck einer in der kurdischen Frage zutiefst gespaltenen Opposition (YSK 2010). Die Verfassungsänderungen weiteten den Einfluss des Präsidenten und der Regierungspartei erheblich aus, etwa bei der Auswahl des juristischen Spitzenpersonals, während zugleich die Unabhängigkeit der Justiz eingeschränkt wurde (Gesetz Nr. 5982). Die EU-Kommission und die Regierungen der EU-Staaten bewerteten im September 2010 das hochumstrittene Verfassungsreferendum als einen weiteren Demokratisierungsschritt und reproduzierten derart die Selbstbeschreibung des autoritär-populistischen Diskurses (COM 2010: 14).

Die politische Ökonomie der Radikalisierung des autoritären Populismus

Wie in vielen anderen Staaten transformierte sich die globale Finanzkrise in der Türkei im Jahr 2008 in eine Wirtschaftskrise. Dank hoher Eigenkapitalanforderungen, die einen integralen Bestandteil der Post-Washington-Politiken bildeten, kollabierte der türkische Finanzmarkt trotz eines Rückgangs ausländischer Di-

reinvestitionen nicht. Allerdings bewirkte die Kontraktion der Exportmärkte im Jahr 2009 einen scharfen Einbruch des Bruttoinlandsproduktes um 4,8 Prozent (vgl. TÜİK 2015). Dessen ungeachtet konnte die türkische Ökonomie – stimuliert durch die Hochzinspolitik der Zentralbank – in den darauffolgenden Jahren bereits wieder hohe Kapitalzuflüsse und Wachstum erzielen. Die Zentralbankpolitik markierte das Post-Washington-Momentum des türkischen Policy-Mixes innerhalb eines seit Jahren praktizierten Ansatzes, in welchem die generelle Orientierung am EU-Projekt bestehen blieb, um das Vertrauen internationaler Investor_innen zu sichern. Allerdings wurde die Bindung an den Post-Washington-Konsensus dadurch gelockert, dass die Regierung das letzte Stand-By-Agreement mit dem IWF auslaufen ließ. Dieses Vorgehen ermöglichte einen Relaunch expansiver Wirtschaftspolitiken unter unmittelbarer Federführung der Regierung und staatlicher Beteiligung. Es entstand eine Konkurrenz zwischen den Politiken des Post-Washington-Konsensus und einer Form des ökonomischen Expansionismus, der auf staatliche Stimuli zur Aufrechterhaltung des Akkumulationsprozesses setzte. Im Ergebnis flexibilisierte die Regierung die Regulation und verhinderte, dass sich die Türkei in deflationär wirkender Austeritätspolitik verding (vgl. Gehring 2016: 373f.).

Großprojekte in Stadterneuerung, Bau und Infrastruktur spielten fortan eine immer größere Rolle bei der Stimulation des lokalen Wirtschaftswachstums. Die dafür notwendigen Institutionen wurden zunehmend direkt an der Spitze der Exekutive angesiedelt und so dem Zugriff der regulären Regulierungsinstanzen entzogen. Die seit der zweiten und vor allem ab der dritten (2011-15) AKP-Legislaturperiode zunehmenden „Sakralisierung“ der Rolle Recep Tayyip Erdoğans half, die graduelle Transformation der Wirtschaftspolitik gegen konkurrierende Institutionen in den Staatsapparaten abzusichern. Zudem spielte sie eine wichtige Rolle bei der Vermittlung der Wirtschaftspolitik, wurde Erdoğan doch als charismatische Führungsfigur gezielt mit Großprojekten gleichgesetzt.

Dank der unmittelbaren Verbindung zwischen Großprojekten und der regierenden AKP profitierten von dieser Wirtschaftspolitik in erheblichem Maße jene Fraktionen des kleineren und mittleren Kapitals, die eine wichtige soziale Basis der islamistischen Bewegung bildeten und deren Patronagenetzwerke stärkten. Zudem verfolgte die Regierung mit den Bauprojekten bewusst und offensiv hegemoniepolitische Ziele: Der Rekurs auf eine imaginierte osmanische Vergangenheit, der zugleich die republikanische Geschichte seit 1923 als eine kurzlebige Anomalie darzustellen versuchte, fand in den Bauprojekten seinen architektonischen Ausdruck. Die Betonung des osmanischen Erbes war Teil einer graduellen außenpolitischen Reorientierung, die durchaus pragmatische Gründe hatte: Seit der globalen Wirtschaftskrise war die Bedeutung ihrer mediterran-arabischen Nachbar_innen als Absatz- und Produktionsraum gewachsen (vgl.

TÜİK 2015). Die türkische Außenpolitik knüpfte an ältere islamistische Konzeptionen an und präsentierte den eigenen Staat aufgrund seiner osmanischen Vergangenheit als kulturell authentischen Akteur in der Region. Eine fest in westliche Bündnisstrukturen eingebundene Türkei sollte zudem eine Chance für die Umsetzung westlicher Außenpolitik darstellen – wie nicht zuletzt die Verwendung kulturalistischer Brückenmetaphern der AKP zeigte. Für breite Teile der türkischen und kurdischen Bevölkerung bedeutete dieser in den Jahren kurz vor 2013 unter dem Namen „Neoosmanismus“ bekannt gewordene Ansatz eine Verschärfung nationalistischer konservativ-islamistischer Identitätspolitik (vgl. Saraçoğlu 2011) – insbesondere seit den Umstürzen in den arabischen Staaten, welche die AKP-Außenpolitik mehr oder minder erfolglos für sich zu instrumentalisieren versuchte (vgl. Gehring 2014).

Fazit: Dynamik der Krise des autoritären Populismus

Trotz mehrfacher Wiederwahl (2007, 2011) und einem Sieg beim Verfassungsreferendum von 2010 zeigen sich deutliche Grenzen in der historischen Expansivität des AKP-Projektes. Diese lagen *strukturell* vor allem in der Unfähigkeit, über einen längeren Zeitraum hinweg wachsende Zustimmung in der Bevölkerung zu organisieren. Der stark kulturalistisch gefärbte Anti-Establishment-Diskurs mochte in den frühen Jahren des AKP-Projektes noch Glaubwürdigkeit entfaltet haben, mit jedem Jahr an der Regierung und in dem Maße, indem sie die Staatsapparate durchdrang, nutzte sich dieser Diskurs jedoch zunehmend ab. Seine Radikalisierung mochte bei den Kernunterstützer_innen Legitimität für eine weitere Forcierung islamistischer Identitäts- und Alltagspolitiken erzeugen, generierte jedoch erhebliche gesellschaftliche Spannungen. Die Entwicklung blieb allerdings aufgrund des liberalen Diskurses im Ausland der dortigen Öffentlichkeit zumeist vorborgen oder wurden als säkularistischer Absonderlichkeit denunziert³. Bezeichnenderweise wurde in der EU überhaupt erst die Möglichkeit einer autoritären Transformation der Türkei debattiert, als dieser Prozess bereits weit fortgeschritten war. Der autoritäre Populismus zeigte längst manifeste Krisentendenzen und reagierte darauf mit Methoden, die deutlich über ihn hinauswiesen. Erst die Niederschlagung der 2013 im İstanbuler Gezi Park ihren Ausgang nehmenden Juni-Revolution wurde in den westlichen Öffentlichkeiten als Beginn einer autoritären Wende bewertet. Diese aber hatte es schlicht nicht gegeben – vielmehr existierten über das AKP-Projekt und seine hegemonialen Kontinuitäten bis

3 Exemplarisch: „Das Ayran-Komplott“, In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.05.2013, S. 6

dahin Illusionen. Ironischerweise begannen westliche Öffentlichkeiten über die autoritäre Entwicklung in der Türkei just erst ab dem Zeitpunkt zu diskutieren, als der Populismus der AKP aufgrund nachlassender hegemonialer Bindekraft in eine tiefe Krise geriet. Durch die Niederschlagung populärer Widerstände hatte er seinen eigenen Anspruch, oppositionell zu sein, nunmehr auf radikalste Weise selbst karikiert (vgl. Babacan 2013). Seit 2013 öffnete sich in der Türkei so der Raum für eine neue Konjunktur linker Strömungen, etwa der 2012 gegründeten Demokratischen Partei der Völker (HDP). Dieser gelang seit 2013 zunehmend ein Brückenschlag zwischen der kurdischen Bewegung und Teilen der türkischen Linken bis in das linksliberale Spektrum hin. In Folge zog die HDP mit über 10 Prozent der Stimmen im Sommer 2015 ins Parlament ein und gefährdete dort die Regierungsmehrheit der AKP. Doch der von der Regierung forcierte Verhandlungsabbruch mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) schuf die Bedingungen dafür, die Krise durch eine noch radikalere Politik der ohnehin schon forcierten nationalistischen Polarisierung zu überwinden und den türkisch-kurdischen Bürgerkrieg erneut zu entfachen (Genç/Karatepe 2014).

Doch die Krise der AKP ist insofern auch eine anhaltende organische Krise, da der Anspruch der AKP, eine breite Bevölkerungsmehrheit politisch zu repräsentieren, mittlerweile an Glaubwürdigkeit verloren hat. Dieser Umstand gefährdet ihre Fähigkeit, die ökonomische Hegemonie der führenden Kapitalfraktionen zu organisieren, während zugleich keine politische Kraft bereitsteht, dieses Erbe anzutreten. Der Übergang von parlamentarischen zu dezisionistischen Formen der Ausübung von Staats- und Regierungsgewalt (Schmitt 1932: 15) vollzieht sich als Faschisierungsprozess samt umfassender Säuberungswellen. Die Bildung gegenhegemonialer Kräfte soll im Keim erstickt werden. Die CHP befindet sich im Zustand der beinahe völligen Paralyse, und die HDP ist durch scharfe Repression massiv geschwächt. Der Putschversuch im Juli 2016 offenbarte in drastischer Weise einen Verlust internationaler Reputation und die damit einhergehenden Spannungen innerhalb des herrschenden Machtblocks. In dieser Konstellation versucht die AKP, eine Einheit innerhalb der politischen Rechten herzustellen, indem sie ihren bisherigen autoritär-populistischen Diskurs noch stärker türkistisch-nationalistisch auflädt. Dabei behält sie einerseits islamistische Argumentationsmuster bei, nähert sich jedoch andererseits dem nationalistisch-kemalistischen Lager an und stellt ihre bisherigen kemalismuskritischen Topoi zurück. Auf diese Weise sucht sie einen Anschluss an die türkisch-islamische Synthese der 1970er und frühen 1980er Jahre. Die Übernahme von genuinen Inhalten der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) verschränkt sie mit der Absorption dieser Partei durch organisatorische Kooptation (vgl. Babacan 2016). Kurz: Die „liberalen“ Momente ihres autoritär-populistischen Diskurses werden durch türkistisch-nationalistische ersetzt. Eine komplexe und widersprüchliche

Artikulation vereint nunmehr islamistische und (subaltern integrierte) rechts-kemalistische Topoi. Damit verbindet sie auf der bündnistaktischen Ebene die disparate türkische Rechte unter ihrer Führung. Die organisatorische Integration und Kooptation der verschiedenen Strömungen der politischen Rechten, der großen MHP und kleineren Vaterlandspartei (VP), wird wesentlich durch das dezisionistische Handeln Erdoğan an den etablierten Strukturen der AKP vorbei vollzogen, die ihrerseits massiven Säuberungskampagnen unterworfen sind (vgl. Babacan 2016; Kayserioğlu 2017). Doch bleibt der gegenwärtige Diskurs der AKP stark von kurzfristigen taktischen Erwägungen bestimmt und weist keine derart tiefe und organische Verankerung in der Gesellschaft auf, wie jener 2013 implodierte autoritär-populistische Diskurs, der bis in das liberale Spektrum hinein wirkte. Dementsprechend fragil ist das derzeitige AKP-Regime.

Literatur

- Akdoğan, Yalcın (2006): The Meaning of Conservative Political Identity. In: Yavuz, Hakan (Hg.): *The Emergence of a New Turkey – Democracy and the AK Parti*. Salt Lake City: 49-65.
- Al-Rebholz, Anil (2012): *Das Ringen um Zivilgesellschaft in der Türkei*. Bielefeld.
- Aydın, Uraz (2014): The Media in Turkey: From Neoliberal Militarism to Authoritarian Conservatism. In: Akça, İsmet/Bekmen, Ahmet/Özden, Barış Alp (Hg.): *Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony*. London: 122-140.
- Aydın, Zülküf (2005): *The Political Economy in Turkey*. London.
- Ataç, İlker (2007): Kampf um Hegemonie: Zur Entstehung des politischen Islam in den 1970er Jahren. In: Faschingeder, Gerald/Six, Clemens (Hg.): *Religion und Entwicklung. Wechselwirkungen in Staat und Gesellschaft*. Wien: 132-165.
- (2013): *Ökonomische und politische Krisen in der Türkei*. Münster.
- Babacan, Errol (2012): *Akkumulation und Krise*. Marburg.
- (2013): Der Juni-Aufstand in der Türkei. In: *PROKLA* 43(4): 631-650.
- (2016): Die Türkei: Abkehr des Westens, Diktatur und Staatskrise (November 2016). URL: zeitschrift-luxemburg.de/die-tuerkei-abkehr-des-westens-diktatur-und-staatskrise, Zugriff: 13.01.2018.
- Burğa, Ayşe (1998): Class, Culture, and State: Analysis of Interest Representation by Two Turkish Business Associations, In: *International Journal of Middle East Studies* 30(4): 521-539.
- Doğan, Ali Ekber/Durak, Yasin (2014): The Rise of the Islamic Bourgeoisie and the Socialisation of Neoliberalism: Behind the Success Story of Two Pious Cities. In: Akça, İsmet/Bekmen, Ahmet/Özden, Barış Alp (Hg.): *Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony*. London: 219-233.
- European Commission (COM) (2007): *Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen – Türkei Fortschrittsbericht 2007*. Brüssel.
- (2010): *Commission Staff Working Document Turkey 2010 Progress Report*. SEC(2010) 1327. Brüssel.
- Gehring, Axel (2013): “Militärische Vormundschaft” in der Türkei oder Kontinuität zur türkischen Militärjunta des 12. Septembers 1980?. In: Hawel, Marcus/Beyer, Sandra/Dieterich, Antje/Kellermann, Maren/Pöschl, Doreen/Wölck, Sascha (Hg.): *Work in Progress*. Hamburg: 87-101.
- (2014) Abwendung von Europa? Die EU und das Liberal-Konservativ-Islamistische Bündnis in der Türkei. In: *Infobrief Türkei*. 08/2014: 14-19.

- (2016) *Wider den Staatsmythos – Europäisierte Regulation in der Türkei*. Dissertation am Fachbereich 03 der Philipps Universität Marburg, Marburg.
- Genç, Özgür/Karatepe, İsmail (2014): Erdoğan's Dilemma II. In: *Infobrief Türkei – Informationsbrief für Politik und Gesellschaft*. 08/2014: 20-22.
- Hermann, Rainer (2008): *Wohin geht die türkische Gesellschaft?*. München.
- Karpat, Kemal (1976): *The gecekodu: Rural migration and urbanization*. Cambridge-New York.
- Kayserioglu, Alp (2017): Zwischen Faschisierung, Elitenzwist und Widerstand. Die Türkei seit dem Referendum (21. 10.2017). URL: revoltmag.org/articles/zwischen-faschisierung-elitenzwist-und-widerstand-die-tuerkei, Zugriff: 8.1.2018.
- Keyder, Çağlar (1987): *State and Class in Turkey. A Study in Capitalist Development*. London-New York.
- Kürkcü, Ertuğul (2007): Wahlen, Juli 2007. In: *Informationsprojekt Naber und Mittlerer Osten INAMO* 13(51): 4-6.
- Laclau, Ernesto (1979): *Capitalism, Fascism Populism – Politics and Ideology in Marxist Theory*. London.
- Mardin, Şerif (1973): Center-Periphery Relations: A Key to Turkish Politics? In: *Daedalus* 102(1): 169-190.
- Ministry of EU Affairs (2001): *Turkish National Programme for the Adoption of the Acquis*. Ankara.
- Ministry of Foreign Affairs (2007): *Political Reforms in Turkey*. Ankara.
- Özden, Barış Alp (2014): The Transformation of Social Welfare and Politics in Turkey: A Successful Convergence of Neoliberalism and Populism. In: Özden, Barış Alp/Akça, İsmet (Hg.): *Turkey Reframed. Constituting Neoliberal Hegemony*. London: 157-173.
- Perchel, Artur (2010): *Governing at a distance: Housing Development Administration of Turkey (TOKI) and modalities of welfare governance*. Unpublished paper at ENHR Conference 2010.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie*. Hamburg.
- Saatçioğlu, Beken (2010): Unpacking the Compliance Puzzle. The Case of Turkey's AKP under EU Conditionality. *KFG Working Paper Series No 14*. Berlin.
- Schmitt, Carl (1932): *Der Begriff des Politischen*. Berlin.
- Solmaz, Kahraman (2015): Die türkische Verfassung unter dem Einfluss des EU-Reformprozesses. In: *Der Staat* 54(2): 159-199.
- Tuğal, Cihan (2007): NATO's Islamists. Hegemony and Americanization in Turkey. In: *New Left Review* 44(2): 5-34.
- (2009): *Passive Revolution: Absorbing the Islamic Challenge to Capitalism*, Stanford
- Thumann, Michael (2011): *Der Islam Irrtum*. Frankfurt/M.
- TUİK (2015): Türkiye İstatistik Krumu. URL: tuik.gov.tr, Zugriff 18.02.2016.
- Yalman, Galip (2002): The Turkish State and Bourgeoisie in Historical Perspective: A Relativist Paradigm or a Panoply of Hegemonic Strategies? In: Balkan, Neşecan/Savran, Sungur (Hg.): *The Politics of Permanent Crises. Class, Ideology and State in Turkey*. New York: 21-54.
- Yıldızcan, Cemil/Yaka, Özge (2010): Çözülen Ne: Otoritarizm mi Demokrasi mi?. In: Sümer Çağdaş/Fatih, Yaşlı (Hg.): *AKP ve Liberal – Muhafazakar İttifak*. Istanbul.
- Yüsek Seçim Kurumu (YSK) (2010): Gümrük Oyları Dahil Türkiye Genel Anayasa Değişiklikleri Halkoylaması Sonuçları. URL: ysk.gov.tr/ysk/docs/2010Referandum/KesinSonuc/Sonuc-Grafik.pdf, Zugriff: 29.06.2015.